

SÜDOSTASIEN UND DIE INDUSTRIENATIONEN IM LICHT DER POLITISCHEN GEOGRAPHIE⁺

Dietrich Kühne

Den nachfolgenden Aufsatz verstehen wir als einen Beitrag zur Neuformulierung unserer verzerrten Vorstellungen von Unterentwicklung.

Die Redaktion

ALLGEMEINE GESICHTSPUNKTE

Ungeachtet aller Wunschvorstellungen, die das gegenwärtige Zeitalter hegen mag, es kommt an einem ebenso schlichten wie folgenschweren Tatbestand nicht vorbei: der ungleichen Verteilung der Menschen und ihrer Ressourcen in dieser Welt.

Dieser Tatbestand ist unumstößlich. Ihm übrigens verdankt die Geographie ihr Dasein¹. Für die Kulturgeographie bildet er den Schlüssel allen tieferen Verständnisses. Und die Politische Geographie hat ganz bewußt mit ihm zu rechnen, gleichgültig, was sie von ihm hält.

Um möglichen Irrtümern sogleich vorzubeugen: - "Politische Geographie" ist nicht identisch mit politisierender Geographie. Sie hat sich vielmehr an die strenge Beobachtung und plausible Erklärung dessen zu halten, was "ist", und nicht an die Propagierung dessen, was nach Meinung des Beobachters tunlichst "sein sollte". Entfernt sie sich von diesem Grundsatz, so wird sie zur "Geopolitik", d.h. sie wandelt sich von einer Faktenwissenschaft zu einer Rechtfertigungslehre für Machtvisionen. Das kostet - wie sich gezeigt hat - alle Reputation, wenn die Sache schiefgeht². In diesem Punkt ist Empirie minder verfänglich.

Daher will die folgende Betrachtung auch keinerlei Prognosen oder gar Ratsschläge für die Zukunft anbieten, sondern sich an feststellbare Dinge halten - hier in der Verkoppelung staats- und wirtschaftsräumlicher Aspekte mit einigen demographischen Begleitumständen, die wichtig erscheinen. Wie solche

Dinge sich ihrer politisch-geographischen Bedeutung nach einordnen lassen, mag zunächst ein 10-Punkte-Katalog ganz allgemeiner Überlegungen verdeutlichen:

1. Politisches Handeln und wirtschaftliches Handeln sind nicht deckungsgleich: Wirtschaftliches Handeln ("Wirtschaften") will zweierlei: Bedarfsdeckung und Bedarfsvorsorge. Politisches Handeln will mehr: will eine Ordnung menschlichen Zusammenlebens, in welcher das Wirtschaften nu. ein Element (allerdings ein völlig unerläßliches) bildet.
2. Politisches Handeln ist stets mit dem Anspruch auf Raum verbunden und zwar in dem Sinne, daß es stets bestrebt sein wird, seine Ordnungen innerhalb eines geographisch angebbaren Gebiets dauerhaft sicherzustellen.
3. Raumwille und Raumabhängigkeit gelten selbst bei politisch handelnden Organisationen, die keinerlei ausdrücklichen Gebietsanspruch erheben: So z. B., wenn eine Kirche "... zur Garantie ihrer Ordnungen psychischen Zwang durch Spendung oder Versagung von Heilsgütern" anwendet³. In solchen Fällen pflegt der "Ordnungswille" weit über vorgegebene Territorialgrenzen hinauszugreifen: Er beansprucht "Weltgeltung". - Diese Feststellung läßt sich unschwer von organisierten Religionen auf organisierte Ideologien ausdehnen.
4. "Weltordnung" oder nur "Territorialordnung", beide fordern stets handfesten materiellen Entgelt, mehr noch: sie stehen und fallen mit den wirtschaftlichen Ressourcen, auf die sie bei Bedarf zurückgreifen können.
5. Art und Umfang des Rückgriffs wiederum richten sich ganz wesentlich nach der Tatsache, daß jedes politische Handeln früher oder später auf Interessengegensätze stößt, - mithin die Notwendigkeit besteht, Ressourcen als Machtmittel zu gebrauchen.
6. Die Chance, den eigenen Ordnungsanspruch durchzusetzen, wird überdies in dem Umfang wachsen, in welchem konkurrierende Ordnungsansprüche nicht - oder nicht länger - über vergleichbare Ressourcen verfügen.
7. Gleichgültig, welche Ziele sonst gewollt oder genannt werden: Politik ist stets ein Streben nach Machtanteil, - sei es innerhalb eines Staates zwischen Menschengruppen, die er umschließt, - sei es im Außenverhältnis zwischen Staaten oder Staatengruppen oder Staatensystemen.
8. Wie immer der Sachverhalt auch umschrieben sein mag: - es geht dabei nicht nur um die Verfügungsgewalt über materielle Ressourcen, sondern mehr noch um "Humanressourcen", im Klartext: um Bevölkerungen. Um über diese dauerhaft verfügen zu können, bedarf es ihrer Loyalität. Loyalität wiederum beruht auf dem Glauben an gemeinsame Interessen.

9. Hinter diesem Glauben aber verbirgt sich die eigentliche Grundvoraussetzung staatsräumlicher Formierung und staatsräumlichen Bestands, politischer Ordnungskraft und politischer Reichweite überhaupt. Solange nämlich Interessenidentität besteht (d. h. solange die Übereinstimmung der Interessen nicht durch ebenso starke oder noch stärkere Interessengegensätze aufgehoben wird), kann auch eine Mobilisierung der Machtmittel bis hin zur völligen politisch-territorialen und wirtschaftsräumlichen Zusammenfassung, Lenkung und Programmierung erfolgen.
10. Alle hier herauspräparierten Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaft werden sich vollständig nur in einem Raumsystem finden, das den "Sitz der Dynamik" - klarer: das Zentrum der Macht - mit enthält. Dieses Zentrum spielt (wie man zu sagen pflegt) die "führende Rolle", folglich gibt es auch - ganz logisch und unvermeidlich - eine "Peripherie", und diese Peripherie spielt (um im Bilde zu bleiben) die "tragende Rolle". Es liegt auf der Hand, daß die Funktionsfähigkeit des Ganzen vom Fortbestand der "Rollenverteilung" abhängt, und daß die Bedeutung, wenn nicht gar die Lebensfähigkeit des Zentrums in dem Maße schwindet, in dem die Peripherie sich ihrer "tragenden Rolle" entledigt: sich umorientiert, auf welches neue Machtzentrum immer.

Soviel nur zu den prinzipiellen Überlegungen, die - auch - das Verhältnis Südostasiens zu den alten Kolonialmächten wie zu den neuen "Supermächten" wie zu den Industrienationen überhaupt, ferner die Frage der inneren Stabilität der einzelnen Länder wie die Frage etwaiger regionaler Neugruppierungen, und nicht zuletzt das allgemeine Tauziehen um Materialressourcen und Menschen - gerade auch auf weltanschaulicher Ebene - schon umreißen. Darüber hinaus wird deutlich, wie vielschichtig der Stoff ist, den eine faktenbezogene (nicht aber programmatisch-visionär sich äußernde) Politische Geographie in aller Regel angehen muß, um zu einem hinreichend verlässlichen Bild der Wirklichkeit zu gelangen.

ZUM ROLLENWANDEL ALTER UND NEUER MACHTSCHWERPUNKTE

Was das Verhältnis zu den einstigen Kolonialmächten angeht, so steht deren Bedeutungsschwund wohl außer Frage: Sehen wir uns heute etwa London an in seiner victorianischen Pracht, die vor weit weniger als hundert Jahren noch lebendiger Ausdruck eines wahrhaft weltumfassenden Ordnungswillens war, so hat diese Szenerie etwas Unangemessenes bekommen. Sie hat keine adäquate Funktion mehr, ist gleichsam "eine Nummer zu groß" geworden. Zuweilen entsteht der Eindruck einer stark verbilligten Fotostaffage für Touristen.

Es sind dies Folgen eines tiefgreifenden Rollenwandels, den das einstige "Mutterland" des Britischen Imperiums durchgemacht hat, auch in ökonomischer Hinsicht. Ähnliches gilt, cum grano salis, für Frankreich, Holland, Portugal: Stets sind mit den Einschränkungen der politisch-räumlichen Kompetenzreichweite sehr einschneidende Veränderungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gefüges im eigenen Land einhergegangen.

Es liegt in der Logik der Sache, daß mit Einschränkung des politischen Handlungsspielraums (und zwar im buchstäblichen Wortsinne) auch eine Chancenminderung für diejenigen eintritt, die maßgeblich am "status quo ante" teilhatten. Dies gilt nicht nur für hohe Beamte, Großkaufleute, Financiers, Fabrikanten, usw. - also jene Gruppen, die uns für gewöhnlich einfallen, wenn von "Imperialisten" die Rede ist -, sondern in ganz erheblichem Maße auch für "Bauern, Arbeiter und Soldaten". Praktisch muß sich der gesamte Sozialkörper auf eine Übergangs- und Anpassungsperiode gefaßt machen, die unter Umständen sehr lang und schmerzhaft sein kann. (Solche Ansicht macht noch keinen "Revisionisten", denn hier gibt es nicht zu revidieren, sie dient vielmehr der Kennzeichnung des Problems einer politisch-räumlich bedingten Chancenminderung, auf das später nochmals zurückzukommen sein wird.)

Natürlich erfährt auch die "Peripherie" im Zuge ihrer Loslösung vom "Zentrum" ganz einschneidende Veränderungen. Und oft - nicht immer - bedeuten diese Veränderungen: Chancenmeh rung. Der politisch Handlungsspielraum nimmt zu, Fraglos bilden sich neue Zentren der Macht, ausgestattet mit neuen Kompetenzen und geleitet von neuen Ordnungsideen. Fraglos vollzieht sich dabei eine Mobilisierung der Menschen, sowohl im Raum wie auf der sozialen Stufenleiter. Fraglos verändern sich auch die Bedingungen des Wirtschaftens, und zwar auf Entwicklungsbahnen, die in aller Regel nicht den Idealvorstellungen der "alten Zentren" folgen - was schon daraus hervorgeht, daß diese den sog. "Nord/Süd-Dialog" ebenfalls anstreben, ganz selbstverständlich in eigener Sache!

ZUR FRAGE DER "BEVÖLKERUNGSEXPLOSION"

Nun steht allerdings jene "Chancenmehrung der Peripherie" seit langem unter einem großen Fragezeichen. Wir haben es nämlich - wie in der "Dritten Welt" überhaupt, so auch in Südostasien - mit dem vielbeschworenen Tatbestand der "Bevölkerungsexplosion" zu tun. Und es ist zu fragen, ob dieser Vorgang nicht jede Chancenmehrung von vornherein zur Aussichtslosigkeit verurteilt. Es gibt eine unglaublich voluminöse Literatur, die sich mit dieser Frage sehr eingehend beschäftigt. Sie enthält aber, soweit erkennbar, keine Begriffe wie "Ernährungsexplosion", "Bekleidungsexplosion" oder "Wohnungsexplosion", Be-

griffe also, die in ähnlich suggestiver Form unsere Bedenken zerstreuen könnten, die Grundversorgung jener rasch wachsenden Bevölkerungen halte nicht Schritt. Dies wiederum nährt Zweifel an den Lebensbedingungen der "Peripherie", an der Stabilität ihrer sozialen und politischen Ordnungen, soweit sie auf ähnliche historische Wurzeln zurückgehen wie die "Bevölkerungsexplosion", und Zweifel schließlich auch: an der Daseinsberechtigung aller historisch gewachsenen Bindungen und Verbindlichkeiten zu den "alten Zentren", soweit noch vorhanden. Denn soviel wissen wir ja: Nicht nur die "Bevölkerungsexplosion" wurde den "jungen Ländern" von den "alten Zentren" her vermittelt, auch ihre sozialen und ökonomischen Strukturprobleme - Rassen- und Klassegegensätze, Monokulturwirtschaften, einseitige Abhängigkeiten vom Weltmarkt, usw. - stammen aus der Blütezeit jener alten imperialen Machtgebilde, deren Arm so weit reichte, wie Schiffe fuhren und Eisenbahnnetze sich spannten. Wir kennen auch die Gründe - oder besser: ganz wesentliche Sachgründe - des einstigen imperialistischen Zugriffs. Und diese Gründe sind unbestritten: wachsender Rohstoffhunger der Industrien in Europa, und ebenso: wachsendes Interesse an überseeischen Absatzmärkten für die Produkte eben jener Industrien.

Auch die Folgen des Zugriffs scheinen auf der Hand zu liegen: "ungleichgewichtiges Wachstum" an der Peripherie, "Armut" auf der einen Seite, "Ausbeutung" auf der anderen, verkoppelt mit den Tatbeständen der "Bevölkerungsexplosion". Sie alle dürften doch überzeugende Voraussetzungen bilden für die permanente "Rückständigkeit" einer von wenigen Zentren her organisierten Welt, - mehr noch: für jenen permanenten Verelendungsprozeß, eine Art "Abwärtsspirale" wie sie z. B. GUNNAR MYRDAL so eindrucksvoll beschreibt:

MYRDAL verweist unter anderem auf das krasse Mißverhältnis der Pro-Kopf-Einkommen zwischen Industrieländern und "Unterentwickelten", die zwischen mehreren tausend Dollar und nicht einmal hundert Dollar jährlich differieren, und kommt zu dem Schluß: es herrsche bei den meisten Unterentwickelten "schreckliche Armut"⁴. Der Schritt von der Armut zur Krankheit scheint nicht weit; und so kommt MYRDAL in der Folge zu seinem "Prinzip der zirkulären und kumulativen Verursachung": Hierbei geht es um einen sich selbst verstärkenden Prozeß, bei dem klar wird, so MYRDAL, "... daß Krankheit und Armut einen *circulus vitiosus* formen ... z. B. mag ein armer Mann nicht genug zu essen haben. Da er unterernährt ist, wird seine Gesundheit untergraben. Da er nun physisch schwächer wird, läßt auch seine Arbeitskraft nach, was andererseits bedeutet, daß er ärmer wird, was wiederum bedeutet, daß er noch weniger zu essen hat, usw. Eine solche Situation kann auf ein ganzes Land zutreffen ..."⁵. Soweit MYRDALs Ansicht aus den 50er Jahren,

Mitte der 60er Jahre schreibt KEITH BUCHANAN, ein marxistischer Wissenschaftler, in einer neuseeländischen geographischen Zeitschrift (dem Sinne nach, weil Zitieren in extensu hier zu weit führen würde): Hinter dem Propa-

gandaschleier der Ost/West-Gegensätze sei - zu Beginn der 60er Jahre noch - ein anderer Tatbestand weitgehend unbewußt geblieben, nämlich das Vorhandensein eines "Eisernen Vorhangs der Armut", der die Länder der "Besitzenden" von denen der "Habenichtse" trenne. Bei den letzteren handele es sich um ein "Commonwealth of Poverty", dessen Bewohner sich mit Jahreseinkommen von oft weniger als hundert Dollar begnügen müßten. Auch nach anderen Kriterien stelle sich immer wieder jenes Nord/Süd-Gefälle der sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen ein, auf dessen unterem Niveau die eigentlich "Verdammten dieser Erde" angesiedelt seien. BUCHANAN folgert - abermals aus den pro-Kopf-Einkommen -: "Dies ist ein Lebensstandard, der sich in Wirklichkeit gegen jede numerische Behandlung sträubt: er bedeutet Dahinvegetieren an der Grenze des Tierischen". Und er stellt auch für Südostasien fest, es handele sich dort um versorgungsdefizitäre Räume. "Proteinmangel insbesondere ist als das zweifellos schwerste Übel beschrieben worden, das die Menschheit heimsucht; in seiner akuten Erscheinungsform befällt es 4/5 der Kinder in Teilen ... (jener) Welt, tötet sie, und hinterläßt diejenigen, welche überleben, als unheilbare Krüppel"⁶.

Nochmals rd. 10 Jahre später hielt der Präsident der Weltbank, ROBERT McNAMARA - der sicher kein Marxist sein dürfte -, seine programmatische Nairobi-Rede vom 24. September 1973, zwar nicht unter direkter Bezugnahme auf Südostasien, doch verblüffend ähnlich im Wortlaut: "Absolute Armut ... ist durch einen Zustand solch entwürdigender Lebensumstände wie Krankheit, Analphabetentum, Unterernährung und Verwahrlosung gekennzeichnet, daß die Opfer dieser Armut nicht einmal die grundlegenden menschlichen Existenzbedürfnisse befriedigen können". - Und McNAMARA präzisiert sich: Ein Drittel bis zur Hälfte der Menschen in den Entwicklungsländern hungerten oder litten an Unterernährung; 20-25 % der Kinder dort starben vor ihrem 5. Geburtstag, und Millionen jener Kinder, die nicht starben, seien zu einem armseligen Leben verdammt, weil als Folge von Unterernährung ihre Körper verkrüppelt, ihre Hirne geschädigt, ihre Lebenskräfte erschöpft seien, usw. : "Verletzen nicht wir - die wir diese Armut dulden, obwohl es in unserer Macht liegt, die Zahl ihrer Opfer zu vermindern - grundlegende Pflichten, die von zivilisierten Menschen seit eh und je akzeptiert wurden?", so fragt McNAMARA⁷.

Man mag sich auf diese Äußerungen stützen, oder auf die zuvor genannten Publikationen, oder auch auf eine Unzahl anderer, im Tenor ganz ähnlicher Zustandsbeschreibungen, seien sie von Politikern, Wissenschaftlern, Journalisten, Kirchenmännern verfaßt: stets wird man seine moralischen Empfindungen angesprochen fühlen. Das Gewissen wird sich regen: So also steht es um das "Nord/Süd-Gefälle" ... ?

Dann beginnt man, in den eigenen Südostasien-Erfahrungen nach plausiblen Bestätigungen der geschilderten Zusammenhänge zu fahnden, von Gewissens-

bissen geplagt - irgendetwas muß man übersehen haben! - Man entsinnt sich zwar jener Meo, hoch oben in den Bergen von Nord-Thailand, und die hatten tatsächlich kein nachweisbares "pro-Kopf-Einkommen". Selbst ihre Gewehre mußten sie in Heimarbeit fertigen. Auch konnte keiner lesen und schreiben. Auch hatte keiner ein Gramm Fett zuviel. Aber die Leute wirkten doch drahtig und agil, ihre Kinder so aufgeweckt und lebhaft wie Kinder nur sein können, sie waren weder schwachsinnig noch verkrüppelt. - Man entsinnt sich ferner jener Karen, ein Gebirgsstockwerk tiefer, deren Frauen in der Tat jeden Morgen das Wasser für den Haushalt fast eine Wegstunde weit auf dem Rücken herbeischaffen mußten; spät abends noch war - beim Schein einer winzigen Öllampe - "Spinnstubenbetrieb", während die Männer Opium rauchten und nach der zehnten Pfeife womöglich anfangen, etwas glasig zu blicken. Aber man wußte: die Männer in den Touristenhotels von Bangkok blickten zur selben Stunde nicht minder glasig, und zwar schon nach dem fünften Drink; und am nächsten Tage würden sie oft ungesünder aussehen. Oder man entsinnt sich eines Kejam an - Langhauses in Zentral-Sarawak, weit jenseits des letzten Bazaar-Außenpostens am Oberlauf des Rejang; dort hatte man bereits seine Schule, auch zirkulierte schon einiges Geld. Nur gab man es nicht für Lebensmittel aus, die erzeugte man selbst zur Genüge, bis hin zum eigenen Kaffee. Kein Fall von Unterernährung oder offenkundiger Fehlernährung. Oder man denkt an die westmalaysische Kelantan-Küste und an jene alten malaisischen Fischer, die jedem klassischen Bildhauer hätten Modell stehen können. Oder man denkt an Chinatown in zahllosen Fällen, wo Lärm, Wohndichte, Arbeitsrhythmus und physische Anstrengung alle europäischen Maßstäbe sprengen. Aber: wer in Chinatown nur ein wenig hinter die Kulissen geschaut hat, wird dort die "absolute Armut" nicht länger suchen.

Was nun? Dem zunächst etwas verwirrten Beobachter beginnt es nach und nach zu dämmern. Er empfindet plötzlich die Fragwürdigkeit mancher unserer landläufigen Urteilkriterien. Und ihm wird klar, daß er in puncto "Armut" einer unzulässigen Verallgemeinerung aufgesessen ist - politisch werbewirksam zwar, doch himmelweit entfernt von jeder absoluten Gültigkeit.

Folgende Überlegungen mögen das verdeutlichen:

Fangen wir beim "pro-Kopf-Einkommen" an, von welchem her ja "die Armut" definiert und eine Art "Verelendungsspirale" theoretisch abgeleitet wurde: Bekanntlich ist das statistisch ermittelte sog. "Volkseinkommen" der Ausgangswert des sog. "pro-Kopf-Einkommens" (also: Volkseinkommen "pro Kopf" der Bevölkerung eines Landes, gleichgültig, ob Einkommensbezieher oder nicht - Säuglinge, Großmütter, Hausfrauen, usw. inbegriffen; auch gibt es unterschiedliche Einkommensstaffelungen, so daß der Durchschnittswert einen völlig unpräzisen Maßstab bildet, wenn es um die Frage der tatsächlichen Lebensbedingungen geht). Nun lehren schon die Anfangsgründe der Nationalökonomie, daß selbst in Industrieländern die Volkseinkommen nach z. T. recht

unterschiedlichen Gesichtspunkten definiert und aufgegliedert werden. Dies aber gilt weit mehr noch für "Entwicklungsländer", wo nicht-monetäre Leistungsäquivalente - in Gestalt von Naturalien, Nachbarschaftshilfe, unentgeltlicher Familienarbeit, usw. - eine sehr bedeutende Rolle spielen, ja oft das eigentliche Daseinsfundament bilden, vor allem in der ländlichen Erzeugersphäre. In aller Regel geben die Statistiken keine klare Auskunft über Geld- und Sacheinkommen; im Falle selbstgenügsamen Wirtschaftens versagen sie ganz⁸. - Somit ist die Berufung auf pro-Kopf-Einkommen, wenn hieraus etwa "Lebensqualität" gefolgert werden soll, ein äußerst irreführendes Unterfangen. Weder besitzen die Werte den für internationale Vergleiche wünschbaren Übereinstimmungsgrad, noch berücksichtigen sie die unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten. Sie sind im ganzen völlig ungeeignet, irgendwelche generellen Maßstäbe für "Armut" oder "Wohlstand" zu setzen⁹. - Nur ein konkretes Beispiel für das Absurde solcher "Milchmädchenrechnungen": Singapore wies 1971 gegenüber Malaysia ein dreifach höheres pro-Kopf-Einkommen aus. Niemand aber hätte Malaysia für diesen Zeitpunkt eine dreifach höhere Unterernährten-, Krüppel- oder Schwachsinnigenquote nachweisen oder auch nur zubilligen wollen.

Dies führt zum nächsten Punkt: Gesetzt, wir begegnen irgendwo in Südostasien einer jener "Verelendungsspiralen" von Armut, Unterernährung, Krankheit, Leistungsminderung, usw. - Frage: Wie reagiert die soziale, demographische, ökologische Wirklichkeit auf dieses Problem? - Antwort: Familie, Sippe oder andere Solidarverbände sind das traditionale "Netz sozialer Sicherheit". Trägt dieses Netz in Extremfällen - Kriegen, Seuchen, Naturkatastrophen, usw. - nicht mehr, so steigt allerdings die Sterberate so lange, bis ein neuer Balancezustand zwischen Bevölkerungsgewicht und räumlicher Tragfähigkeit hergestellt ist¹⁰. Eine Alternative hierzu - und ein typischer Ausweg - sind Migrationen.

Aus dargelegten Gründen können die von MYRDAL, BUCHANAN und McNAMARA beschriebenen Verelendungseffekte keine "Endlosspirale" bilden. Es folgt immer ein Stillstand der Abwärtsentwicklung und, in aller Regel, eine Trendumkehr. Wenn nicht, müßte totales Erlöschen der fraglichen Bevölkerung die Folge sein. - Das demographische Hauptproblem aber heißt doch bekanntlich: "Bevölkerungsexplosion"!

In Südostasien ist fast überall ein rasches Bevölkerungswachstum festzustellen. Da Einwanderungen größeren Stils seit dem 2. Weltkrieg aufgehört haben, spielen praktisch nur noch die Geburtenüberschüsse eine Rolle. Sie sorgten in den 60er Jahren für mittlere Zuwachsraten zwischen 30 % (Philippinen) und etwas unter 25 % (Indonesien; Kambodscha und Laos lagen wohl noch etwas tiefer). Nur der Stadtstaat Singapore zeigte stark rückläufige Tendenzen: Dort konnte man nach Ablauf der Dekade konstatieren, daß die jährliche Zuwachsrate von 32 auf 17 % gefallen war. Immerhin: diese 17 % (die heute übrigens

auf weniger als 12 gesunken sind) ließen für das praktisch anautarke kleine Land noch immer eine Verdoppelung seiner Bevölkerung in 42 Jahren errechnen. Für die Philippinen als "Spitzenreiter" betrug die Verdoppelungszeit nur 24 Jahre.

Folglich ist die Regierung der Philippinen in den 70er Jahren zu einer aktiven Familienplanungspolitik übergegangen: - sie propagiert Kontrazeptiva und stellt eine zunehmende Zahl von F. P. -Kliniken (F. P. für "Family Planning") zur Verfügung - nicht nur für zahlungskräftige Interessenten, wie sich versteht. Trotzdem blieb die Nachfrage weit hinter den Erwartungen zurück, eine Sache, die möglicherweise mit der Katholizität der Philippinen zusammenhängt.

Denn in den anderen Ländern der ASEAN-Gruppe scheint das Interesse eher über die vorhandenen F. P. -Kapazitäten hinauszugehen: - In Thailand ergaben Tests und Umfragen ein allgemeines und überraschend starkes Interesse, und zwar - ganz unabhängig vom Bildungsgrad - sowohl in urbanen wie in ländlichen Bezirken. Besonders verblüfte, daß die Aufnahmebereitschaft im islamischen Süden - wo man die stärksten traditionellen Hindernisse vermutete - deutlich noch größer war als in den buddhistischen Landesteilen. Ähnliches zeigten synchrone Felduntersuchungen auf Java, der größten demographischen Druckzelle Südostasiens und der Südhemisphäre überhaupt. Ähnliches zeigte sich auch in Malaysia. Hier übrigens gestatten die Budgetunterlagen ein interessantes Rechenexempel, das darauf hinausläuft, daß jede aus öffentlichen Mitteln verhinderte Geburt den Staatshaushalt rd. dreimal weniger kostete als eine neue ländliche Plansiedlerstelle¹¹. Trotzdem war hier die Öffentlichkeitsarbeit noch längst nicht soweit gediehen, daß man hauptsächlich ihr den deutlichen Rückgang der Geburtenüberschüsse hätte zuschreiben dürfen. Vielmehr muß hier (wie übrigens in Thailand und auf Java auch schon) "spontane" Nachwuchsrationalisierung mit im Spiel gewesen sein. Von allergrößter Durchschlagkraft aber war, wie bereits erwähnt, die Familienplanungsarbeit in Singapore, wo sie ein wesentliches Element der "Überlebenspolitik" der 60er Jahre bildete. Mit sehr erheblichen Verschiebungen des Altersaufbaus: Die für Entwicklungsländer typische, extrem breite "Jugendlichenbasis" besteht nicht mehr! Über die Vorgänge in Burma und namentlich in Indochina sind wir so genau nicht im Bilde. Doch gibt es Anzeichen dafür, daß die dortige Bevölkerungspolitik, soweit überhaupt ein Konzept entwickelt wurde, nicht den geringsten Wert auf Drosselung des Geburtenaufkommens legt¹².

Besteht nach allem Gesagten Aussicht, daß Südostasien mit der "Bevölkerungsexplosion" fertig wird? Um es gleich und ohne Umschweife zu sagen: Die Frage sollte so überhaupt nicht gestellt werden. Allein schon der Begriff "Bevölkerungsexplosion" suggeriert Angstvorstellungen, als handele es sich - hier, wie in der Dritten Welt allgemein - um eine Art Naturkatastrophe, die nur mit gewaltigen technischen Anstrengungen zu bändigen sei. Dies ist nachweislich nicht der Fall: Es war bereits die Rede von umweltbedingten Todesursachen

(Kriegen, Seuchen, Monsunanomalien, usw.), die in der Tat die Sterblichkeit nach oben treiben. Erfasst werden vor allem die Schwächsten: Kinder, Greise, Kranke, für die gleichsam eine "Vorwegnahme" des Todeszeitpunkts erfolgt. Zugleich aber geht auch die Geburtenleistung zurück, weil angesichts der krisenhaften Verschärfung der Umweltbedingungen ein Aufschub der Eheschließungen und des Kindersegens die Regel ist, und zwar bei allen Sozialkörpern und in allen Kulturlagen. Die Bevölkerungslehre verfügt hier über schlagendes Beweismaterial¹³. Nach Überwindung des Krisenzustands aber kehrt sich die Situation um, mit der Folge sprunghaften Bevölkerungswachstums, bis der Sozialkörper sich wieder auf seine normalen Umweltbedingungen eingependelt hat. Im Endeffekt also: ein sozusagen "automatischer" Kompensationsvorgang.

Doch müssen es nicht nur schwere Krisen sein, welche die Bevölkerungsdynamik beeinflussen. Wie jedes einschlägige Kurvendiagramm bei hinreichend genauer Ausführung beweist, reagieren Sozialkörper unablässig und mit äußerster Feinfühligkeit auf jegliche Veränderung der Daseinsbedingungen, seien sie wachstumshindernd, seien sie wachstumsfördernd. Es gibt überhaupt keinen "festgeschriebenen" Trend, so oder so. (Daher auch die immer wiederkehrende Erfahrung, daß Bevölkerungsprognosen schon nach wenigen Jahren nicht mehr stimmen.)

Mit anderen Worten, hier enthüllt sich die "Bevölkerungsexplosion" als politisches Argument, nicht als erfahrungswissenschaftlicher Tatbestand: Es ist ja gar nicht einzusehen, weshalb ein Sozialkörper seine Geburtenüberschüsse beibehalten sollte, wenn wachstumshindernde Faktoren dominieren. Vielmehr haben wir es gegenwärtig mit einer immer weiter um sich greifenden Veränderung der Existenzbedingungen dahingehend zu tun, daß steigende Lebenserwartung die Folge ist.

Damit aber rückt einer der wesentlichsten Punkte im sog. "Nord/Süd-Dialog" in ein völlig anderes Licht: Die "Bevölkerungsexplosion" ist ein Instrument im Kampf der Weltanschauungen, auch in Südostasien. Gemeint ist gar nicht so sehr die Auseinandersetzung zwischen "kapitalistischen" und "sozialistischen" Ordnungsideen. Der Gegensatz reicht tiefer: - es ist derjenige zwischen "traditionalem" und "technizistischem" Lebensgefühl¹⁴.

ZUR FRAGE DES NAHRUNGSSPIELRAUMS

Trotzdem sollten wir fragen, wie es sich mit der wichtigsten Voraussetzung des Bevölkerungswachstums verhält, nämlich mit dem Nahrungsspielraum.

Soweit in Südostasien die Statistiken einen Vergleich zulassen, und das ist in der ASEAN-Region, wächst die Erzeugung von Grundnahrungsmitteln rascher

als die Bevölkerungen wachsen. Vor allem hat auf der ganzen Linie eine enorme Intensivierung der Reisproduktion stattgefunden, mit entsprechend gesteigerter Tragfähigkeit der Anbauflächen für mehr Haushalte und mehr Menschen. Und zwar - das ist das Interessanteste: mit dem höchsten Steigerungsgrad ausgerechnet dort, wo ohnehin schon das größte Bevölkerungsgewicht auf der Anbaufläche lastet, nämlich auf Java und Madura¹⁵. Mit anderen Worten, die "Grüne Revolution" greift nicht nur, vielmehr: sie greift am wirkungsvollsten da, wo sie tatsächlich am nötigsten gebraucht wird.

Freilich muß Indonesien noch immer Reis importieren, aber das "reiche" Malaysia muß das auch, und erst recht das vergleichsweise "superreiche" Singapore, das ja in diesem Punkte völlig anautark ist. Autark geworden scheinen inzwischen die Philippinen; Burma, Thailand, Laos und Kambodscha waren es schon immer. Und wenn Kambodscha heute unter Hungersnöten leidet, so liegt das weder an der "Bevölkerungsexplosion" (denn eher ist das Gegenteil der Fall), noch an irgendwelcher Erschöpfung des natürlichen Tragfähigkeitspotentials, sondern an der systematischen Zerstörung der hergebrachten dörflichen Verhältnisse und, vielleicht noch mehr, am völligen Zusammenbruch der Kommunikationen.

Worauf es ankommt: Entscheidend ist - wenn man im Ernst den Gründen "explosiven" Wachstums der Bevölkerungen auf die Spur zu kommen trachtet -, daß man die eigentlichen Existenzgrundlagen und deren Fortentwicklung nicht negiert. Was hierbei nun die ASEAN-Länder angeht, so steht der Trend in puncto Grundversorgung außer Frage, und der verläuft gegenwärtig nicht im Sinne der "Verelendungstheoretiker". Denn soviel zeigen die Produktionsstatistiken allemal: Von einer Verschärfung der allgemeinen Ernährungslage kann heute keine Rede mehr sein. Das gilt nicht nur für die Reiserzeugung, sondern - wie jede weitergehende Analyse der Ertragsentwicklungen zeigt - auch für die Mobilisierung der wichtigsten Protein- und Pflanzenfettressourcen¹⁶. Man mag den Augenblickszustand der ländlichen Räume beurteilen wie man will: - ihre Tragfähigkeit ist keineswegs erschöpft, vielmehr expandieren die Grenzen der Tragfähigkeit rascher als die Bevölkerungen.

Allerdings, diese Medaille hat auch ihre Kehrseite, und zwar eine sehr ernste: Die "Grüne Revolution" macht das alte ökologische Gleichgewicht "des Dorfes" zunichte. Die von Staats wegen überall geförderte Intensivierung des Naßreisbaus, gekennzeichnet durch moderne Irrigation und Drainage, Vermehrung der Anbauzyklen, Einführung von Kunstdünger, HochleistungsSaatgütern, Herbiziden und Pestiziden, hat zwar spürbare Ertragssteigerungen zur Folge. Doch der Preis sind spürbare Veränderungen des Ökosystems durch chemische Intoxikation, Verzerrung des Nährstoffhaushalts der Böden, Verarmung der lebenswichtigen Fischbestände in den Überflutungsgebieten, usw., - kurz: durch eine Kette "zivilisationsbedingter Kreislaufstörungen", die das natürliche Selbsterneuerungsvermögen des Systems zunehmend hemmen. Das einstens

seiner Umwelt so harmonisch angepaßte "Dorf" steuert einen Kurs ins Unge-
wisse.

Damit erscheint, wie auf der Hand liegt, auch die Frage eines "Nord/Süd-
Ausgleichs" in der Entwicklung der Landwirtschaft in einem anderen
Licht. Die Industrienationen mögen gute Gründe haben, solche Gesichtspunkte
zu verdrängen, sie sind ja auf ihren Holzwegen auch schon weiter vorange-
kommen.

PROBLEME DER INDUSTRIALISIERUNG

Einen Erscheinungskreis, der anderen Gesetzlichkeiten folgt als die noch
mehr oder minder traditional operierende bäuerliche Versorgungswirtschaft,
bilden die "Exportökonomien" kolonialer und semi-kolonialer Prägung, geglie-
dert in drei Funktionssphären:

- die produzierende "Peripherie";
- die intermediär verstandorteten Sammler/Verteiler-Systeme;
- die Entrepôt-Häfen an der Küste, als "Drehscheibe" aller Austauschvor-
gänge zwischen "Peripherie" und Weltmarkt.

Daseinszweck dieses Triptychons war und ist: Rohstoffe und Halbfertigwaren
für die Industrieländer aus-, Investitions- und Konsumgüter einzuschleu-
sen. Dieses scheinbar so unausgewogene Gegenstromverfahren, das "billige"
Massengüter gegen "teure" Fertigerzeugnisse abtauscht, wird im Kontext der
industriellen Produktionsweise (gleichgültig übrigens, ob unter "kapitalisti-
schem" oder "sozialistischem" Vorzeichen) einleuchtend.

Industrielle Fertigung ist ja ihrerseits Massenproduktion größten Stils, daher
auch an Massenrohstofflieferungen wie an Massenabsatz der eigenen Erzeug-
nisse zwingend gebunden. Denkt man sich eine der drei Bedingungen fort,
so kollabiert das Ganze. Dies zu verhindern, war das Bestreben der alten
Kolonialmächte, soweit sie als Industrieländer ihre Interessen verfochten.
Denn: ihre Außenbesitzungen bargen nicht nur ein gewaltiges Rohstoffpotential,
sie waren auch gewaltige Märkte.

Begreiflicherweise folgt der Warenkreislauf noch immer diesem Grundmuster,
wenngleich sich Umfang, Richtung und Beschaffenheit der Warenströme - und
auch die Verfügungskompetenzen darüber! - erheblich gewandelt haben. Ganz
selbstverständlich sind auch die Beweggründe (sehr im Gegensatz zur einhei-
mischen Selbstversorgersphäre) rein erwerbswirtschaftlicher Natur, wobei
nunmehr Rechenhaftigkeit und Rentabilität die Leitprinzipien wirtschaftlichen
Handelns bilden. Da für jegliche Exportökonomie - gleichgültig, ob im "Nor-

den" oder im "Süden" - die Bedürfnisse des Weltmarkts ausschlaggebend sind, stehen Chancen und Risiken allerdings im Zeichen einer völlig unvermeidlichen Außenabhängigkeit, und zwar für alle Beteiligten.

Die "Dependenz"-Theoretiker¹⁷ mögen es wahrhaben wollen oder nicht: Der alte "koloniale" Weltwirtschaftsverbund, mit seinen klassischen Außenorientierungen, verändert sich allmählich bis zur Unkenntlichkeit¹⁸ - ein Prozeß, der bekanntlich nicht nur rein wirtschaftlichen Erwägungen, sondern vor allem auch politischen Eigenständigkeitsbestrebungen entspringt. In dieser Hinsicht setzten einst Burma und Nord-Vietnam, ja selbst der philippinische "Retail Trade Nationalization Act" der 50er Jahre, sehr bald deutliche Zeichen. Und mit besonderer Rigorosität verfuhr das Indonesien der Sukarno-Ära, das sämtliche alten Bindungen gleichsam in Bausch und Bogen zu beseitigen trachtete, indem es auf betonten Autarkie-Kurs ging.

Was hierbei übersehen wurde, war, daß ein Land mit so alter, hoch entwickelter Exportwirtschaft nicht ohne weiteres mehr ausscheren kann - gerade weil alle Ressourcen der Verkehrswirtschaft für den Außenhandel mobilisiert sind, weil das ganze Kommunikationsnetz primär auf diesen Zweck abgestellt ist, weil die zentralen Organe des Staates dann sinnvollerweise mit den Entrepôt-Häfen an der Küste funktional aufs engste verkoppelt sind, und weil so auch der ganze Staatshaushalt mit den Außenhandelseinkünften steht und fällt. Mit anderen Worten: von einem bestimmten Verbundgrad an (der sich gewiß in keine feste Formel pressen läßt) scheinen die "strukturellen Zwänge" übermächtig zu werden, und zwar ganz unabhängig davon, ob sie von einem "kapitalistischen" oder einem x-beliebigen anderen Verbundsystem herrühren. Indonesien ist ein Beispiel. Sein "sozialistischer" Kurs wurde nicht boykottiert; im Gegenteil: der Korea-Boom forderte mehr Exportgüter als das Land zu liefern vermochte, und zwar zu schwindelnden Preisen¹⁹. Vielmehr waren es die Autarkiebestrebungen ohne Rücksicht auf gewachsene Strukturen, die 1965 in den totalen Staatsbankrott führten.

Es scheint somit, als könne man von dem "Tiger" des industriellen Weltwirtschaftsverbunds (denn das ist heute ja der Punkt!) von einem bestimmten Verflechtungsgrad an nicht mehr herunter, - es sei denn um den Preis aller Bevölkerungsteile, die zwingend von ihm abhängen, - oder um den Preis der staatlichen Ordnung, - oder um den Preis beider Dinge zugleich. Das aber bedeutet wohl: engeren politischen Handlungsspielraum als bei den "Rückständigeren".

Ein Land wie Laos vermag da offensichtlich anders zu verfahren. Womöglich ist sein Abkoppelungsbestreben durchsetzbar - und zwar, weil es auf genügend breitem bäuerlichen Fundament ruht, das jederzeit auf Selbstgenügsamkeit zurückschalten kann, gerade weil es noch so "rückständig" ist. Für Burma gilt ähnliches in milderer Form. Für Vietnam ganz offenbar schon nicht mehr:

es bemüht sich ja um eine Wiederbelebung seiner Außenwirtschaft, uns zwar mit Handelspartnern jeglicher Couleur. Seine exportabhängigen Bevölkerungen wollen ernährt und beschäftigt sein²⁰.

Das Paradoxe ist: Fast allenthalben wird im heutigen Südostasien Industrialisierung für besonders wünschenswert gehalten, wenn auch nicht mit so brachialen Mitteln, wie sie etwa Sukarno vorschwebten. - Der "sanfte Weg", den die ASEAN-Länder heute sämtlich gehen, um wirtschaftlich unabhängiger und zugleich krisenfester zu werden (so haben sie ja optiert!), ist durch die Begriffe "Exportdiversifikation" und "Importsubstitution" vorgezeichnet. Das bedeutet praktisch: Industrialisierung. Denn das Doppelprogramm meint ja: - sukzessive Ablösung der Rohstoff- und Halbzeug-Exporte durch die Ausfuhr höherwertiger Fertigwaren, - sowie: möglichst raschen Ersatz der Fertigwaren-Importe durch ein entsprechendes Angebot von Inlanderzeugnissen bis zu einem "volkswirtschaftlich optimalen" Grade.

In diesen Punkten herrscht Einmütigkeit. Doch sind die Ausgangspositionen der Länder, und somit auch ihre Verfahrenswege und Zielvorstellungen, naturgemäß verschieden. Ganz abgesehen von der Frage, über welche Rohstoff- und Energiequellen man jeweils verfügt, und ebenso davon, auf welche historisch gewachsenen Strukturen man im einzelnen Rücksicht nehmen muß, spielt auch der Zeitdruck eine unterschiedliche Rolle. Denn die Frage der Arbeitsbeschaffung durch Industrialisierung stellt sich angesichts der in Umfang und Geschwindigkeit nicht eben gleichmäßig nachwachsenden Bevölkerungen auf jeweils andere Weise. Auch ist die Leistungskraft der öffentlichen Haushalte keineswegs einheitlich. Und überdies setzt auch die Politik höchst unterschiedliche Prioritäten.

Trotzdem steht heute fest, daß die Industrialisierung auf der ganzen Linie vorankommt. Und zwar handelt es sich nicht nur um einen substantiell, sondern auch um einen gesellschaftlich bedeutsamen Vorgang: Die Statistiken der ASEAN-Länder zeigen durchgängig, daß seit den 60er Jahren die industrielle Beschäftigung rascher wächst als die sonstige Erwerbsbevölkerung, ja rascher als die Bevölkerung überhaupt. Dies läßt sich übrigens auch beim tertiären Sektor beobachten - mit allerdings einer Ausnahme: Singapore. Dort nämlich geht die Industrialisierung so reißend vonstatten, daß sie dem tertiären Sektor bereits Arbeitskräfte entzieht und obendrein schon zu sechsstelligen Gastarbeiterzahlen führt.

Das alles mag optimistisch stimmen. Industrialisierung scheint eine "Patentlösung" zu sein. Ihr ökonomisches Argument lautet meist: Entlastung der Zahlungsbilanz. Das soziale Argument lautet immer: Arbeitsbeschaffung. Beide Argumente werden in aller Regel spontan geäußert und verfochten ('- wie sonst sollte es wohl weitergehen?'). Zur Beurteilung dieser Frage wäre es vielleicht zweckmäßig, zwei Gruppen von Ländern zu unterscheiden, nämlich:

- solche, die schon nicht mehr zurückkönnen, - und andere, die noch gar nicht hineinmüssen. (Um es konkreter zu sagen: - Kambodscha und Laos müssen gewiß noch nicht hinein in die Industrialisierung, und selbst Thailand könnte wohl, vermöge seiner noch weitgehend traditionellen Lebensordnung, wieder ausscheren; - Singapore aber kann, bei Strafe an Leib und Leben, nicht mehr zurück.)

"WAS TUN?"

Zuweilen wird die Frage außer acht gelassen: - über welche Rohstoff- und Energiequellen verfügt das fragliche Land eigentlich, um durch Industrialisierung wirklich unabhängiger zu werden als zuvor?

Dies mag zu einigen abschließenden Überlegungen führen, die in diesem Zusammenhang nicht ganz unwichtig sind:

Es war bereits die Rede davon, daß die industrielle Produktionsweise, auf die "der Norden" sich ja ganz und gar eingelassen hat, an folgende Kette zwingend gebunden ist: - Massen-Rohstoffversorgung / Massen-Verarbeitung / Massen-Absatz; fällt eines der drei Glieder aus, so bricht das Ganze zusammen. Das sog. "imperialistische Zeitalter", das ja nicht zufällig mit der Entstehung der älteren Industrienationen zeitlich korreliert, hatte das längst begriffen und sich auf seine Weise dazu bekannt.

Seither stehen die kleinen, alten, beängstigend anautarken Industrieländer (zu denen auch wir gehören) unverändert unter der dreifachen Fuchtel von Rohstoffzwang, Produktionszwang und Absatzzwang (letzterer gelegentlich auch - und sehr zutreffend - als "Konsumzwang" apostrophiert). Und es läßt sich keine Systemveränderung denken, welche es ermöglichen könnte, diesen drei Zwängen zu entrinnen, ohne daß den "arbeitenden Massen" der Industrieländer jegliche Existenzgrundlage entzogen würde. Hier, im durchindustrialisierten "Norden", sind ja selbst die Bauern bis zur äußersten Störanfälligkeit anautark geworden. (Insofern sind die Empfehlungen unserer "Dependenz"-Theoretiker an die Dritte Welt, doch tunlichst ihre Bindungen zu den Industrieländern zu lösen - "Plädoyer für Dissoziation!"²¹ -, nur schwer zu verstehen. Sie sprechen vielleicht aus der Sicht mancher "Rückständigen", nicht aber aus der Sicht jener "Entwickelten", denen sie selbst auf Gedeih und Verderb zugehören.)

Doch kommt noch ein wichtiger Punkt hinzu. Es hat sich nämlich längst ein Begleitumstand eingestellt, ein geographisches Symptom, das mit Gewißheit gültig bleibt, solange Industrienationen existieren werden: die Welt ist endlich geworden. Die nur expansive Erschließung der Märkte hat aufgehört.

Daraus müßte jetzt logischerweise Intensivierung der Märkte folgen, und zwar durch weltweite Hebung der Massenkaufkraft, damit die steigende Massenproduktion der Industrieländer (die ja noch immer eine Tatsache ist) auch wirklich noch abgesetzt werden kann. Es müßte also gegenwärtig eine Welle steigender Massenkaufkraft um die Welt gehen, nicht aber eine Welle steigender "Armut" und "Verelendung". Letztere könnte weder im Interesse der alten noch der jungen Industrienationen liegen. (Hier wird übrigens einleuchtend, weshalb alle Beteiligten ein so brennendes Interesse an einem "Nord/Süd-Ausgleich" bekunden.)

Gibt es politische Alternativen?

Wollen wir W. W. ROSTOW, einem der führenden "kapitalistischen" Entwicklungstheoretiker, folgen, so bieten sich mit Erreichen der von ihm so genannten "technischen Reife" - welcher die meisten "Fortschrittlichen" nach Kräften entgegenstreben - drei Wahlmöglichkeiten:

- Machtausdehnung;
- Wohlfahrtsstaat;
- Massenkonsum²².

Alle drei Möglichkeiten sind geeignet, Massenproduktion hinreichend zu absorbieren. Alle drei Möglichkeiten können einzeln zur Anwendung kommen, oder auch in Kombination - und zwar in jeder beliebigen Kombination. Das ist gewiß ein lohnender Gegenstand empirischer Untersuchungen.

Für jede beliebige Kombination können sich entweder Einzelstaaten oder Staatengruppen oder Staatensysteme (sie alle mit verschiedener Natur-, Bevölkerungs- und Kulturausstattung) engagieren. Das ist - und zwar im Licht unzähliger Fragestellungen - ein lohnender Gegenstand der Politischen Geographie.

Nun war schon eingangs bemerkt worden, daß das innere Engagement für eine Sache, handele es sich um Religion oder Ideologie, "Weltgeltung" beanspruchen kann und somit "raumübergreifend" wird. Und es war ferner gesagt worden, daß die Chance, Weltgeltung gegen konkurrierende Ordnungsansprüche durchzusetzen, in dem Umfang steigen wird, in welchem es gelingt, den Konkurrenten die materiellen und die Humanressourcen zu entziehen. - Die Folgen solcher Auseinandersetzung unter dem Aspekt des eigenen Landes und seiner Menschen zu untersuchen, wäre vielleicht die lohnendste Aufgabe einer "engagierten" Politischen Geographie, - jedenfalls läßt sich kein sinnvoller Einwand dagegen erheben.

Was meint ROSTOW im Hinblick auf den "Süden"? "Das Ausmaß und die Geschwindigkeit des wissenschaftlichen Fortschritts machen es unwahrscheinlich, daß die Menschen nicht produktiv beschäftigt werden können, wenn sie die produktive Tätigkeit der Freiheit vorziehen"²³. - Das ist prinzipiell gemeint!

Was tun? - Schließen wir mit jenem berühmt gewordenen Satz MAX WEBERS²⁴:
 "Eine empirische Wissenschaft vermag niemanden zu lehren, was er soll,
 sondern nur, was er kann und - unter Umständen - was er will."

Anmerkungen:

- +) Das hier behandelte Thema war Gegenstand eines Vortrags, der am 1.4.1979 im Rahmen einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Ost- und Südasienskunde in Königstein/Taunus gehalten wurde.
- 1) Kein Zufall, daß sich die ältesten Zeugnisse erdkundlichen Wissens - Aufzeichnungen literarischen oder kartographischen Inhalts - gerade in jenen frühen Hochkulturen finden, die bereits über ausgedehnte Verkehrs- und Austauschwirtschaften, zumindest aber über ein großräumig deckendes Fiskal- und Abgabewesen verfügen, somit z. T. schon (jedenfalls was die Städte und deren spezifische Funktionsgruppen angeht) auf selbstwirtschaftende Bedarfsdeckung verzichtet haben und unter Entwicklung neuer, zusätzlicher Bedürfnisse anautark geworden sind. Sie alle hatten das begreifliche Verlangen nach Erweiterung ihres Horizonts, und zwar aus gänzlich praktischen Erwägungen: Es ging um Gold, Gewürze, Edelhölzer, Zinn- und Kupferminen, Sklaven.
 In jedem Fall: Denkt man sich die ungleiche Verteilung der Menschen und ihrer Ressourcen - ein absolut "Ehernes Gesetz der Geographie"! - und somit auch den Drang nach Außenkontakten fort, so dürfte es wenig Antriebsgründe zur Entwicklung einer systematischen Erdkunde geben. Die selbstgenügsam lebenden Völker liefern den Beweis.
- 2) Vgl. hierzu insbesondere: Schöller, P., "Wege und Irrwege der Politischen Geographie und Geopolitik", in: Erdkunde, 11, 1957, pp. 1-20.
- 3) Weber, M., Wirtschaft und Gesellschaft - Grundriß der verstehenden Soziologie, 2 H'bde., (Kiepenheuer und Witsch) Köln/Berlin, 1964; p. 39.
- 4) Vgl. hierzu im einzelnen Myrdal, G., Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen, Stuttgart, 1959; pp. 1-10.
 Es lohnt sich, um den Tenor des Ganzen noch deutlicher zu machen, ein wenig näher auf das Vorwort besagten Buchs einzugehen. Dort geht es Myrdal namentlich um "die große und ständig wachsende wirtschaftliche Ungleichheit zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern. ... Ich möchte untersuchen, wieso die wirtschaftlichen Ungleichheiten entstanden, warum sie bestehen bleiben und warum sie dazu neigen, sich noch zu vertiefen ... (Ich werde) auch noch eine andere Frage aufgreifen:

Wie könnte man diesen Trend ins Gegenteil verkehren? Eine vernünftige Antwort auf diese letzte Frage - die eine politische Frage ist, weshalb hier über Zweck und Mittel gesprochen werden muß, und nicht über Ursache und Wirkung - muß auf der Kenntnis des Kausalmechanismus, durch den diese Ungleichheiten entstanden, basiert sein" (ibid., p. X).

Wir dürfen also erwarten, daß trotz der politischen Zweck/Mittel-Diskussion - die ja ihrer Natur nach eine Erörterung von Dingen ist, die noch in der Zukunft liegen - uns die Aufdeckung der tatsächlichen Zusammenhänge von Ursache und Wirkung nicht vorenthalten bleibt.

Doch zunächst weiter: "Mein Standpunkt wird festgelegt durch die Wertprämissen, daß politische Demokratie und gleiche Möglichkeiten für alle wünschenswert sind" (p. XI). - Das ist eine klare und saubere konzeptuelle Trennung von erfahrungswissenschaftlicher Analyse und eigener politischer Zielvorstellung ("Mein Standpunkt wird festgelegt durch die Wertprämissen ..."). Hier wird nichts von vornherein verabsolutiert.

Dann aber folgt, und zwar als erster faktenanalytischer Schritt, ein Vergleich der pro-Kopf-Einkommen, die, wie in der Folge noch darzulegen sein wird, keine verlässlichen Indikatoren für "Armut" oder "Wohlstand" sein können: - mit oben erwähntem Resultat, dessen methodische Unzulänglichkeit und mangelnde Aussagekraft, besonders im Kontext der "unterentwickelten Regionen" und ihrer nicht völlig rechenhaften Ökonomien, Myrdal von vornherein bekannt sein mußten. Kein überzeugender Einstieg in eine Zweck/Mittel-Diskussion, die auf solider "Kenntnis des Kausalmechanismus" basiert sein sollte. Denn bekanntlich ist keine Beweiskette stärker als ihr schwächstes Glied.

- 5) Ibid.; pp. 9-10. - Man muß sich darüber klar sein, daß Myrdal hier nichts anderes vorstellt als ein Modell, dessen Einzelbestandteile zunächst rein hypothetischer Natur sind. Diese wären jetzt von Fall zu Fall mit Fakten zu belegen: nach Zeit, Ort und Begleitumständen. Dergleichen Beweisführungen sind denkbar, die Auswahl passender Beispiele dürfte kaum auf Schwierigkeiten stoßen. Nur: - ob dies so regelhaft möglich ist, daß man darauf apodiktische Aussagen gründen kann, steht auf einem anderen Blatt.
- 6) Buchanan, K., "Profiles of the Third World"; in: Pacific Viewpoint, 5, 1964, pp. 97-126. - Autor zitiert hier Robert Heilbroner: "This is a standard which in fact defies numerical treatment: it means existence at the borderline of animal needs" (p. 100).
- 7) Die hier aufgeführten Redezitate sind entnommen: Senghaas, D. (Hrsg.), Peripherer Kapitalismus - Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung, Edition Suhrkamp 652) Frankfurt/Main, 1974; pp. 8-9. - Was insbesondere den Begriff der "absoluten Armut" angeht, so mögen in diesem Zusammenhang einige kritische Einwände von dritter Seite interessieren:

"Um Aussagen auch über die Bedeutung der absoluten Armut in einem Lande treffen zu können, wurde schon vor langer Zeit das Konzept der 'Poverty Line' entwickelt. Als absolutes Maß umschreibt sie den minimalen Lebensstandard zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit ... Umfassende Darstellungen absoluter Armut in den Entwicklungsländern gehen im allgemeinen von einem bestimmten Einkommensniveau pro Kopf der Bevölkerung aus (so z. B. die Weltbank). Dieses Verfahren wird jedoch vielerseits kritisiert, wobei sich die Schwerpunkte der Kritik gegen die Anwendbarkeit des einkommensmonetären Konzeptes auf Subsistenzwirtschaften, sowie gegen die Vernachlässigung unterschiedlicher Verbrauchs- und Preisstrukturen wenden.

... Die bisher auf dieser Basis erstellten Analysen reichen jedoch bei weitem nicht aus, um Vergleiche über die absolute Armutssituation für die Mehrzahl der Entwicklungsländer zu ermöglichen. Zu diesem Zweck wird man sich wohl noch für einige Zeit mit der Festlegung einer fiktiven, in monetären Einkommenseinheiten ausgedrückten Armutsgrenze begnügen müssen." (Bohnet, M. und R. Betz, Einkommensverteilung in Entwicklungsländern, Ifo-Studien z. Entwicklungsforschung Nr. 1, München, 1976; p. 40).

- 8) In solchen Fällen hilft nur intensive und äußerst zeitraubende Feldforschung unmittelbar vor Ort. - Einer der seltenen Fälle, in denen einschlägige Beobachtungsergebnisse veröffentlicht vorliegen, und zwar in Gestalt gleich einer ganzen Serie regional gegliederter Dörferbeispiele, ist: Fuhs, F. W. (in coop. with G. Capellari and F. V. Goericke), Labour Utilization and Farm Income in Rural Thailand - Results of Case Studies in Rural Villages (1969/70), (Beitr. z. Südasienschg., Südasiens-Inst. Univers. Heidelberg, Bd. 48) Wiesbaden, 1979; - mit bemerkenswert günstigem Befund.
- 9) Für gewöhnlich werden bei Ländervergleichen die Einkommenanteile der unteren 40 % der jeweils fraglichen Bevölkerungen, gemessen am jeweiligen statistischen Gesamteinkommen, ermittelt. Besagte 40 % werden somit, und zwar aus Gründen der angeblich besseren Vergleichbarkeit, ganz folgerichtig zur jeweils ärmsten Bevölkerungsgruppe in einem Lande. Dies genügt zwar den Ansprüchen der formalen Logik, sagt aber nichts über die wahren Lebensverhältnisse aus, die durch diesen methodischen Kunstgriff nicht vergleichbarer werden. Auf gar keinen Fall kann man - wie etwa McNamara - daraus sogleich den Schluß ziehen, ein Drittel bis zur Hälfte der Menschen in den Entwicklungsländern hungerten oder litten an Unterernährung.

Hinzu kommt aber noch ein weiteres Problem. Gesetzt, die schlechtest-bezahlten 40 % einer bestimmten Bevölkerung hätten im Jahre 1965 an nicht mehr als 15 % des Gesamteinkommens partizipiert, dagegen im Jahre

1975 nur noch an 12,5 %: - Selbst wenn nach Ablauf des Jahrzehnts besagter Gruppe ein geringerer Anteil vom Gesamteinkommen zufließt als zuvor, so ist damit noch keineswegs erwiesen, daß auch die absoluten Bezüge abgenommen haben oder die reale Lebenshaltung wirklich eingeschränkt worden ist.

Abermals: Dergleichen "Armut"-Klassifikationen - wie immer der "Ärmsten"-Anteil ausgewiesen sein mag: ob mit 40 % oder 60 % oder irgendeinem anderen Wert - schweigen sich nicht nur über den tatsächlichen Einkommensumfang aus, sie sind überhaupt viel zu willkürlich, als daß man darauf schon solide Aussagen gründen könnte. - Wenn daher z. B. Senghaas, unter dem Rubrum "Der Trend zur absoluten Verarmung", die Behauptung aufstellt, es bezögen sich "... die immer häufiger artikulierten Alarmrufe über eine zunehmende Verarmung der Massen in Lateinamerika, Afrika und Asien auf unleugbare reale Tatbestände" (I. c; p. 7), so klingt dies äußerst eindrucksvoll. Nur wartet man vergebens auf handfeste Beweise: Kriterien, Daten, Zeitreihen - sie werden nicht geliefert. Stattdessen heißt es weiter, es handle sich um "... eine wachsende absolute Armut, d. h. im Unterschied zu relativer Armut eine elementare physische und psychische Verarmung" (ibid.; p. 8). Begreiflicherweise fehlen auch die Anhaltspunkte zur "psychischen Verarmung". Die Frage etwa des Geographen, wo und unter welchen Begleitumständen besagte Erscheinungen zu lokalisieren seien, dürfte sich angesichts so offenkundiger Sophismen erübrigen - sie bleibt ohnehin unbeantwortet. (Um etwaigen Mißverständnissen zu begegnen: Hier stehen nicht die handgreiflichen Tatbestände der Armut und Verelendung zur Debatte; sie treten immer wieder auf und sind gelegentlich erdrückend. Hier geht es einzig und allein um die Begriffe und um die Art, wie man sie handhabt. Genauer noch: Es geht um die Bedenkenlosigkeit der Argumentation, die schärfstens abzulehnen ist. Kein Problem wird lösbarer dadurch, daß man es falsch beschreibt!)

- 10) Besagtes Balance-Problem ist schon vor mehr als einem halben Jahrhundert von Albrecht Penck auf wenige allgemeine Kurzformeln gebracht worden; hier mögen nur die folgenden interessieren:

$$d = \frac{K \cdot i}{n},$$

wobei "d" die Volksdichte eines bestimmten Gebiets ausdrückt, "K" dessen natürliches Potential, "i" seine kulturelle Nutzungsintensität, "n" den gebietsspezifischen individuellen Standardverbrauch. - Mit anderen Worten: Die Volksdichte eines bestimmten Gebiets ist identisch (d. h. zunächst und normalerweise: im Gleichgewicht) mit dessen natürlichem Potential und seiner kulturellen Nutzungsintensität, und zwar nach Maßgabe des dort üblichen "Lebensstandards". Dieser Sachverhalt gilt jedoch nur für einen völlig autarken Wirtschaftsraum, ein in sich geschlossenes System also, das weder importiert noch exportiert.

Indes haben wir in Rechnung zu stellen, daß es gegenwärtig nur noch wenige Gebiete gibt, die - etwa nach Art des "Isolierten Staats" von Thünen - völlig auf Import oder Export verzichten. Vielmehr gibt es Einfuhrgebiete, für die man folgende Formel aufstellen kann:

$$\delta = \frac{K i + E}{n},$$

wobei "δ" die faktische Volksdichte, "E" die Einfuhren bezeichnet. - Und es gibt Ausfuhrgebiete, für die entsprechend gilt:

$$\delta = \frac{K i - A}{n},$$

Die beiden letzteren Ausdrücke machen deutlich, daß Handel und Transport - je nach Umfang und Richtung der Warenbewegungen - eine Steigerung oder Minderung der ursprünglichen, d.h. austauschunabhängigen, Volksdichte hervorrufen können. Jedoch: Solange nur "i" (die kulturbedingte Nutzungsintensität) eine Rolle spielt und überdies konstant bleibt - d.h. im Normalfall: als bestimmte Produktionsweise bis zur Vollendung durchentwickelt wurde (was im prä-modernen Kontext als Regel gelten kann) -, ist keine Steigerung der Volksdichte möglich; möglich sind lediglich Verlagerungen von einer Region in die andere. (Vgl. hierzu im einzelnen: Penck, A., "Das Hauptproblem der physischen Anthropogeographie", in: Zschr. f. Geopolitik, 2, 1925, pp. 330-348.)

Doch ist hier noch ein wichtiger dynamischer Aspekt hinzuzufügen. Er fällt in den Bereich dessen, was man mit dem Begriff der "schwankenden räumlichen Tragfähigkeit" belegen könnte. Es ist dies eine Erscheinung, die teils mit den Wechselfällen des Naturhaushalts, teils mit den immer wieder auftretenden Störungen des menschlichen Zusammenlebens verknüpft ist. Beide Komponenten können jederzeit und überall ihre Wirkung entfalten, beide können gesondert oder im Verein vorkommen, beide auch verschiedenes Gewicht haben. Was die "großen Naturereignisse" in Gestalt von Katastrophen angeht, so spielen sie in den gemäßigten Klimaten eine vergleichsweise untergeordnete Rolle (weshalb man dort eher geneigt ist, ihre Bedeutung zu unterschätzen), während sie beispielsweise in Monsunasiens von jeher daseinsbestimmend waren. Auch "menschliches Konfliktpotential" ist allgegenwärtig, scheint aber eher manipulierbar, weshalb gerade die modernen technizistischen Gesellschaften - die ja in ihrer extremen Verflochtenheit und Interdependenz zugleich auch am stör anfälligsten sind - mit solcher Hingabe am politischen "Krisenmanagement" arbeiten, gleichzeitig aber - und aus denselben Gründen - Stellvertreterkriege außerhalb und systemverändernde Prozesse innerhalb ihrer Grenzen vorstatten gehen lassen: mit womöglich sehr gravierenden Folgen für den Fortbestand des vermeintlich "normalen", weil gewohnten, in Wirklichkeit jedoch höchst instabilen Tragfähigkeitsniveaus.

- 11) Zum Kalkulationsansatz siehe: Kühne, D., Bevölkerungs- und Beschäftigungsentwicklung in den ASEAN-Ländern seit 1960 (Mitt. d. Inst. f. Asienkunde Nr. 73), Hamburg, 1975; p. 30 ff.

12) So gibt beispielsweise H. Dohmen, "Die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Laos nach dem Ende des Vietnam-Krieges", in: Draguhn, W. (Hrsg.), Politik und Wirtschaft in Südostasien nach dem Ende des Vietnam-Krieges, (Mitt. d. Inst. f. Asienkunde Nr. 86) Hamburg, 1977, pp. 65-83 folgende Information: "Als langfristig wirkende bevölkerungspolitische Maßnahme hat die laotische Regierung im September 1976 Maßnahmen zur Geburtenkontrolle verboten. Nach Auskunft des laotischen Informationsministeriums beträgt die Geburtenwachstumsrate (Geburtenüberschußrate? Geburtenrate? - eig. Anm.) zur Zeit nur 1,8 %, man strebe aber mindestens 2 % an. Es gebe soviel leeres Land in Laos, daß man eine größere Bevölkerung durchaus verkraften könne" (p. 77).

13) Namentlich bei Mackenroth (s.u.), aber auch anderenorts, finden sich einschlägige Kurvendiagramme, welche die verblüffende Ähnlichkeit der Entwicklungen von Geburten- und Sterberaten immer wieder bestätigen, und zwar bei den allerunterschiedlichsten Ländern, Klimabereichen und Kulturlagen. Es ist beinahe gleichgültig, wohin man greift: - stets kommt eine fast spiegelbildliche Übereinstimmung der Ausschläge und Gegenanschläge von Geburtlichkeit und Sterblichkeit zum Vorschein. Daß bei solcher gleichsinnig waltenden "demographischen Ausgleichsmechanik" auch die Eheschließungen mitfluktuieren, wengleich im ganzen gedämpfter, läßt sich bei entsprechend hohem statistischen Gütegrad ebenfalls nachweisen. (Vgl. hierzu insbesondere: Mackenroth, G., Bevölkerungslehre - Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung, (Springer) Berlin/Göttingen/Heidelberg, 1953; vor allem die Kurvendiagramme pp. 56, 124, 205, 208 u. 213)

Allerdings: - Besagte "Ausgleichsmechanik" wird in neuerer Zeit noch überlagert von einem langfristig wirkenden Phänomen, das sich zunächst in anhaltendem Rückgang der Sterberaten, später auch der Geburtenraten, äußert.

Der langfristige Abschwung der Sterblichkeitskurve, und zwar bei vorerst auf hohem Niveau weiterfluktuierender Geburtlichkeitskurve, ist identisch mit jener wohlbekanntem und meist sehr pessimistisch beurteilten Öffnungsphase der "Bevölkerungsschere", aus welcher zwangsläufig sprunghaftes Wachstum - die sog. "Bevölkerungsexplosion" - resultiert. Die düsteren, oft an Malthus erinnernden Kommentare lassen für gewöhnlich unerwähnt, daß damit - und nicht minder zwangsläufig - auch eine sprunghafte Steigerung der durchschnittlichen Lebenserwartung einhergeht. Die Hauptgründe dieser Steigerung sind unbestritten: - Pazifikation; - moderne Medizin und Seuchenbekämpfung; - moderne Hochleistungskommunikation in Gestalt rascher und weitreichender Massentransportsysteme, die örtliche oder regionale Versorgungsdefizite (welche gar nicht immer krisenhaft verstanden werden müssen, vielmehr für urbane und industrielle Verdichtungsräume eine Selbstverständlichkeit sind) ausgleichen können.

Auch der - später einsetzende - langfristige Rückgang der Geburlichkeit hat für gewöhnlich nachweisbare Gründe. Sie hängen meist mit individueller "Chancenmehrung" (durch längere Bildungs- und Ausbildungszeiten, breitere berufliche Spezialisierung, Familienplanung, usw.) sowie mit allgemein zunehmender "Tuchfühlung" unter modernen (oder doch: modern werdenden) Milieubedingungen zusammen. Hierfür gibt es - gerade in der "Dritten Welt", und namentlich auch in Südostasien - inszwischen ungezählte Beispiele.

Nur: - gleichgültig, auf welchem Niveau Geburlichkeit und Sterblichkeit sich einpendeln werden, die "schwankenden räumlichen Tragfähigkeiten" und mit ihnen auch die eigentliche "demographische Ausgleichsmechanik" dürften - verändert zwar, doch ungebrochen - weiterwirken.

- 14) Sehr anschauliches zum Gegensatz von "traditionalem" und "technizistischem Lebensgefühl" hat Tom Harrisson, einer der tiefsten - und nachdenklichsten - Kenner kulturanthropologischer Fragen im malaiisch-archipelagischen Raum gesagt. In seinem lesenswerten Buch über die Malaien von Südwest-Sarawak finden sich unter dem Rubrum "The Difference between Enough and More" folgende Passage, die jenen - entwicklungsanalytisch meist negierten, in Wirklichkeit jedoch sehr entscheidenden - Gegensatz auf allgemeinerer Ebene behandelt:

"The progressive drive of the whole of modern 'Western' civilisation is materialist, - in the sense that people always want more things than they have. People with very few things and no desire for more are 'primitive'. The poor are to be pitied. The main purpose in daily life is to earn enough money to buy objects, especially either very new or very old ones; or to go places (whether to Monte Carlo, back to China or up to the Moon); or to be able to stop earning any more. A man who does not work a set number of hours a day - or alternately make large sums of money a year - is 'lazy', and there is, in fact, no place for him in most modern societies, from Japan to China through Russia to Iceland and the United States of America, unless he becomes the national equivalent of a Bohemian (sub-élite).

Parallel with this drive, which now obsesses practically all the literate or accessible peoples on earth, is the importance of expressing status by the possession of visible, material objects; or, for a tiny élite, by the possession of an intellectual or other special status emancipating you from 'worldly' display. Similarly, it is no longer acceptable to 'go slow' or to move about the earth slowly, unless in your 'spare time', 'for fun' - or unless you belong to the above élite (0.001 per cent).

Finally (as relevant here) it is a necessary concomitant of these procedures that you must compete with others to go faster or deeper or further or higher, to get more status or money or things. Time is stuff that must not be wasted. Ability cannot be unplaced and unencouraged. Beauty cannot

be unadorned (unless denuded). 'Mankind cannot stand still.' This is equally so in total effect, whether a society is classed as communist, fascist, capitalist, socialist, liberal or merely twentieth-century chaotic.

But there are still groups of humans on earth not yet caught up in this time-money-conflict compulsion; who, either on purpose or by chance, have gone quietly on with what the rest now call pityingly 'the good old ways of life'. The only hope that the rest of the world can offer to such as these is that they shake off the cloak of lethargy and indolence, pull their socks up, wake up to the atomic age, etc.; that is, that they stop doing things their own way, sufficient unto themselves, and work more, harder, along with (for and against) others. Where this race is leading mankind is seldom considered. But as the need to keep going ahead at all costs is the accepted code, therefore the goal, the purpose, is no longer of importance; it is already out of date before the next race starts. While anyone who refuses to participate, to conform, is in effect calling into doubt the whole business and cannot be tolerated for long. He must join in, or be trampled under." (Harrisson, T., *The Malays of South-West Sarawak before Malaysia - A Socio-Ecological Survey*, (MacMillan) London u. a., 1970; p. 166-167.)

Beißende, aber beherzigenswerte Worte eines Südostasienskenner, der aus mehr als dreißigjähriger Erfahrung unmittelbar "vor Ort" wußte, wovon er sprach (er verunglückte unter besonders tragischen Umständen tödlich Anfang 1976 in Thailand), - beherzigenswert nicht nur für "Entwickler" im allgemeinen, sondern auch für einschlägige Bevölkerungs-experten (die regelhaft ethische Argumente ins Feld führen, in praxi allerdings oft so tun, als hätten sie irgendeine Empfängnisverhütungsmittel-industrie zu vertreten).

- 15) Es ist aufschlußreich, der bei weitem dichtestbesiedelten Region Südostasiens - Java und Madura, die selbstverständlich auch den größten Reisbedarf entwickeln - das größte Reisüberschußland - nämlich Thailand - gegenüberzustellen. (Die folgende Tabelle bezieht sich dabei nur auf die Interzensusperiode 1960/61-1970/71, weil spätere Monsunanomalien hier nur verzerrend in Erscheinung treten würden; auch könnten sich die späteren Bevölkerungsstände nur auf mehr oder minder hypothetische Fortschreibungswerte stützen.) - Dabei zeigt sich nun:

Java + Madura / Thailand: Tragfähigkeitsindikatoren und potentielle Belastbarkeitswerte für Naßreisland

	Java + Madura		Thailand	
	1961	1971	1960	1970
Anbauflächen ('000 ha)	3 668	3 947	5 921	7 376
Erträge ('000 t)	8 740	13 391	7 834	13 270
Ertragsleistungen (t/ha)	2,38	3,39	1,32	1,80
pot. Tragfähigkeiten für Haushalte/ha	2,7	3,9	1,5	2,1
dto. für Personen/km ²	1 083	1 543	601	819
Steigerungen des Belastbarkeitspotentials	42 %		36 %	

Quellen: Thailand Stat, Yearbook 1970-71; Indonesia (Biro Pusat Statistik) Stat, Pocketbook 1970/71.

Unterstellt ist hier ein individueller Reisbedarf von 145 kg/Jahr, ferner eine Durchschnittsziffer von 6 Personen/Haushalt. Die daraus errechneten Werte zeigen jenseits allen Zweifels zweierlei: - Eine auf der ganzen Linie enorme Intensivierung der Naßreisproduktion, - sowie die größte Tragfähigkeitssteigerung gerade auf dem dichtestbesiedelten Land, nämlich in der demographischen "Überdruckzelle" Java und Madura.

Beobachter der statistischen Fortentwicklung mögen einwenden, die 70er Jahre hätten schwere Einbrüche in diesen Aufwärtstrend gebracht. In der Tat, - nur daß hiermit jene schon erwähnten und völlig unvermeidlichen "Wechselfälle des Naturhaushalts" verkoppelt waren, die immer wieder Schwankungen des räumlichen "Belastbarkeitspotentials" auszulösen pflegen.

- 16) So haben beispielsweise Thailand, Indonesien, West-Malaysia und die Philippinen ihre für die allgemeine Proteinversorgung so außerordentlich wichtigen Fischereierträge durchweg rascher steigern können, als dies dem jeweiligen Bevölkerungszuwachs entsprach. Bereits Mitte der 70er Jahre standen West-Malaysia und Thailand mit jährlichen Fanganteilen von 37,1 bzw. 36,9 kg/Kopf der Bevölkerung statistisch vor der Autarkieschwelle, praktisch dürfte sie überschritten gewesen sein (bei durchschnittlichem "Normalbedarf" von 40 kg/Jahr, wie er für gewöhnlich unterstellt wird); die Philippinen (1970: 27,0 kg; 1975: 31,8 kg) bewegten sich zumindest rasch darauf zu. Und selbst Indonesien, das im ganzen wesentlich schlechter gestellt erscheint (1977: 11,4 kg), hatte Fang-

steigerungsraten zu verzeichnen, die um rd. 50 % höher lagen als die Bevölkerungszuwachsraten; stärker noch war die Zunahme bei Schlachtfleisch, Geflügel, Eiern und Milchprodukten; mehr als achtmal so rasch wie die Bevölkerung wuchs die Palmölproduktion. In diesem letzteren Punkt hat West-Malaysia noch mehr Tempo vorgelegt, - es ist aus sehr bescheidenen Anfängen in etwa 2 Jahrzehnten zum größten Palmölerzeuger der Welt avanciert. (Soviel nur zu den auffallendsten Erscheinungen. Hier müssen notgedrungen die amtlichen Statistiken der ASEAN-Länder genügen, und selbst sie bereiten mancherlei Vergleichsschwierigkeiten. Naturgemäß sind die Spektren der Nahrungsfett- und Eiweißproduktion von Land zu Land verschieden. Verschieden ist auch ihr exportwirtschaftliches Gewicht. Im übrigen spiegeln die Statistiken wohl eher die Entwicklung der urbanen als die der ländlichen Versorgungslage wider, weil "auf dem Dorfe" der Erfassungsgrad ganz unzureichend ist. Worauf es lediglich ankommt: Auch im Protein- und Fettversorgungssektor kann allgemein von einer "zunehmenden Verengung des Nahrungsspielraums" nicht die Rede sein. - Für nähere Untersuchungen seien die folgenden Quellen empfohlen: (National Stat. Office) Stat. Yearbook, Thailand, sowie (Min. of Agric. and Coop., Bangkok) Agric. Stat. of Thailand; - (Biro Pusat Statistik, Jakarta) Stat. Pocketbook of Indonesia; - Philippine Stat. Yearbook; - Monthly Stat. Bull. Peninsular Malaysia).

- 17) "Dependenz-Theorien", ein vielseitiges Konglomerat stark verallgemeinernder Modellvorstellungen, die größtenteils noch einer einwandfreien empirischen Beweisführung harren. - Einen kurzen Überblick bietet: Bohnet, M. (Hrsg.), Das Nord-Süd-Problem - Konflikte zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, (Piper) München, 31974. Bohnet nennt dort, namentlich unter den Rubriken "Außenhandelstheorien" (pp. 54-55) und "Marxistische Theorien" (pp. 61-64), die einschlägigen Denkansätze und Präzeptoren, nebst zugehörigen Literaturverweisen (pp. 272, 274). Die Popularität besagter Theorien, die oft von bestechender Logik sind, ist groß. Nur macht den Wahrheitsgehalt einer Theorie nicht allein deren logische, sondern auch deren sachliche Richtigkeit aus. Bekanntlich scheitert mancher Ansatz schon an den Prämissen. Und gerade deren Kombination - auf die es entscheidend ankommt! - ist von Ort zu Ort, von Land zu Land, von Kulturkreis zu Kulturkreis, und nicht zuletzt von Zeit zu Zeit, verschieden. Idealtypisch gedachte "Gesamtwelten", sie mögen noch so faszinierend sein, erweisen sich analytisch immer wieder als Fiktion.
- 18) Dieser Tatbestand wurde bereits anderenorts am Beispiel des Welthafens Singapore durchanalysiert (Kühne, D., "Singapore", in: Nohlen, D. und F. Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 4/II, (Hoffmann und Campe) Hamburg, 1978; pp. 589-601) und muß hier nicht im einzelnen wie-

derholt werden. Er läßt sich aber an den Außenhandelsstatistiken der übrigen südostasiatischen Länder, soweit sie jeweils tragen, auf ganz ähnliche Weise belegen.

- 19) Vgl. hierzu: Traeger, J., Die wirtschaftliche Entwicklung Indonesiens 1950-1962 - Bestimmungsgründe, Verlauf und Konsequenzen des Inflationsprozesses in einem Entwicklungsland, (Diss.) Tübingen, 1967; pp. 35-63 (insbes. p. 37; Abs. 3, sowie p. 42 ff.) nebst zugehörigen Quellenverweisen.
- 20) Vgl. hierzu: Steger, H. A., "Die politische und wirtschaftliche Entwicklung Vietnams nach dem Ende des Vietnam-Krieges", in: Draguhn, W. (Hrsg.), Politik und Wirtschaft in Südostasien nach dem Ende des Vietnam-Krieges, (Mitt. d. Inst. f. Asienkunde Nr. 86) Hamburg, 1977; pp. 113-129. - Bezeichnend insbesondere sind der p. 121 aufgeführte Maßnahmenkatalog zum wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes, ferner p. 123, Abs. 3, sowie die Ausführungen p. 124 ff.
- 21) So: Senghaas, D., Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik - Plädoyer für Dissoziation, (Edition Suhrkamp 856) Frankfurt a. M., 1977.
- 22) Rostow, W. W., Stadien wirtschaftlichen Wachstums, Göttingen, 1967; genauer ausgeführt pp. 94-116.
- 23) Ibid., p. 185.
- 24) Weber, M.: "Die 'Objektivität' sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis", in: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, (Mohr) Tübingen, 1974, pp. 146-214; p. 151.